Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Geschäftsstelle entgegen. – Erscheint wochentäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 80 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 53 | Montag, den 3. März 1924 | 19. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Gegenwärtig ist der Reichstag mit einem großen Rückblick auf die Zeit beschäftigt, für die er sich durch Annahme des Ermächtigungsgesetzes aus der aktiven gesetzgeberischen Tat ausgeschaltet hatte. Innerhalb dieser zwei Monate, innerhalb deren die Regierung ohne Zustimmung des Reichstages, aber immer in Verbindung mit dem sogenannten 15. Ausschuß handeln konnte, sind zahlreiche tiefeinschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Wirtschafts- und öffentlichen Lebens ergriffen worden. Es kann nicht ausbleiben, daß manche von diesen Notmaßnahmen einer berichtigenden Korrektur ausgesetzt sind. Darauf kommt es aber letzten Endes nicht an, sondern es ist zu prüfen, ob die von der Reichsregierung auf Grund des Regierungsgesetzes betriebene Politik in ihrer Gesamtheit notwendig und zweckmäßig war. Stellt sich die Mehrheit des Reichstages auf den Standpunkt daß diese Politik zu verwerfen ist, so ist der Konfliktsfall gegeben und es unterliegt keinem Zweifel, daß dann die Regierung Präventive spielen und den Reichstag auflösen wird. Billigt die Mehrheit des Reichstages die von der Reichsregierung verfolgten Tendenzen so wird sich über einzelne Bedenken der Parteien sprechen lassen.

Die bisherigen Verhandlungen im Reichstage sind ganz auf die Möglichkeit von Wahlen eingestellt. Die Fenster stehen weit offen, damit ja alle Wähler im Lande draußen die Reden hören, die jetzt von den Erwählten des Volkes gehalten werden. In Wirklichkeit aber ist weder auf Seiten der Reichsregierung noch auf Seiten der Mehrheit der Reichstagsparteien eine klare Willensbildung gegenüber der Frage vorhanden, ob man zweckmäßigerweise den Reichstag möglichst bald auflöst oder ob man ihn eines natürlichen Todes sterben läßt. Nur die Haltung der Sozialdemokratie ist parteitaktisch betrachtet klar. Sie gibt sich als Partei der starken Geste, kämpft mit schwerem Geschütz gegen die Maßnahmen der Regierung an, will aber im übrigen von Neuwahlen gegenwärtig noch nichts wissen, weil sie aus den Erfahrungen der letzten einzelstaatlichen Wahlen heraus schwere Besorgnis für ihre Bestände haben muß. Von gleicher Sorge ist die Deutsche Volkspartei erfüllt. Sie würde gewiß gern die gegenwärtige Konjunktur im Lande, die antisozialistisch gerichtet ist, ausnutzen, aber sie möchte dabei doch auch ihre Reihen nicht so stark gelichtet sehen, wie ihr das z. B. in Mecklenburg wiederfahren ist, und so hofft sie, daß durch ein längeres Leben des Reichstages unter der letzigen Erhaltung sich noch mancher Erfolg einstellen wird den sie in einem späteren Wahlkampfe zu ihren Gunsten verbuchen und ausnutzen kann. Entschlossen für sofortige Wahlen treten die radikalen Flügel rechts und links ein, weil sie die Gewißheit haben können, daß sie parteimäßig stark gewinnen.

Die Haltung der Parteien ist also in dieser ganzen Frage stark durch taktische Eigeninteressen bestimmt. In Wirklichkeit müssen aber bei solchen Dingen nicht die Interessen der Parteien sondern die Interessen des Staates ausschlaggebend sein und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet liegen die Dinge folgendermaßen:

Die politischen Zusammensetzungen des Reichstags entsprechen nicht mehr dem Verhältnis der politischen Strömungen innerhalb des deutschen Volkes. In normalen Zeiten würde dies Anlaß sein müssen, durch Neuwahlen die Zusammensetzung der Volksvertretung in Einklang zu bringen mit der politischen Schichtung des Volkes. In solchen normalen Verhältnissen leben wir aber gegenwärtig nicht. Unser politisches und Wirtschaftsleben befindet sich nach schwerster Krisis im Zustande einer langsam einsetzenden Gesundung. Durch einen Wahlkampf von der Art, wie er in den nächsten Wahlen erwartet werden muß, würde dieser Gesundungsprozeß ganz ergeblich gestört werden. Man denke sich nur einmal, daß der Feind bei bevorstehenden Verhandlungen über ein Deutschland gegenüber zu gewährendes Entgegenkommen des französischen Chauvinismus in der Lage sein würde das Material ins Feld zu führen, was von politischen Heißspornen in einem Wahlkampf gegen Frankreich produziert wird. Auch innenpolitisch würde ein Wahlkampf in der Hauptsache unerfreuliche Erscheinungen zeitigen. Wenn es der gegenwärtigen Regierung in den nächsten Wochen gelingt, ohne die störenden Einflüsse einer Wahlbewegung außen- und innenpolitisch das deutsche Volk noch ein Stück weiter als bisher aus den tiefsten Niederungen herauszuführen, so werden die Gefahren einer Wahlbewegung bei einem späteren Wahltermin vielleicht geringer sein, als jetzt. Im allgemeinen wird man deshalb Neuwahlen für den gegenwärtigen Augenblick nicht als erwünscht bezeichnen können; sie würden jedoch zu einer unumgänglichen Notwendigkeit werden, wenn die Mehrheit des Reichstages der Regierung auf der jetzt beschrittenen Bahn hindernd in den Weg treten sollte. Die Gefahr, daß das eintreten könnte ist noch nicht gebannt, aber sie ist nicht besonders groß, da der Selbsterhaltungstrieb starker Parteien im Reichstage immer wieder nach Möglichkeiten suchen wird, den Reichstag bis zu seinem im Juni vor sich gehenden natürlichen Ende am Leben zu erhalten.

Hitler-Prozeß.

Vernehmung des Hauptmanns Röhm und des Leutnants Brückner.

Hauptmann Röhm, der am Sonnabend zuerst vernommen wurde, war der Führer des zu Hitlers Kampfbund gehörenden Bundes „Reichskriegsflagge" und hatte beim Putsch das Wehrkreiskommando besetzt. Er erklärte, daß er heute noch nicht verstehe, wieso seine Mitwirkung am Putsch vom 8. November strafbar sein solle. Er sei Offizier, heute noch durch einen Eid, den er dem König Ludwig geleistet habe, gebunden. Als solcher habe er nicht anders handeln können. — Der Angeklagte erzählte von seinen Erlebnissen im Kriege, von der Disziplinlosigkeit während der Revolution und von seinem Schmerz über die Entlassung Ludendorffs, den er auch von einer Begegnung im Kriege her, hoch verehre. Den Rückzug machte der Angeklagte als Schwerverwundeter mit. Er rühmte sich seiner Haltung den Revolutionären gegenüber, denen er keine Konzession gemacht habe, auch nicht die der Entfernung der schwarz-weißroten Kokarde. In dem Reichskorps Epp machte er die Befreiung Münchens in der Rätezeit mit. (Hauptmann Röhm war Adjutant des Generals Epp.)

Bei der Aufstellung der Einwohnerwehren wirkte der Angeklagte von Anfang an mit, wobei er wieder an Dr. Ewinger, der damals Staatskommissar war, geriet. Später kam der Angeklagte als Reichswehroffizier in Verbindung mit der vaterländischen Bewegung und mit Oberstleutnant Kriebes, seinem Mitangeklagten. Er gab jedoch seine Stellung als Offizier der Reichswehr auf als er in besonders exponierte Lage kam. Er trat dann in besonders enge Verbindung mit Hitlers Kampfbund, weil er beim Wikingbund (Ehrhardt) die richtigen Männer nicht gefunden habe.

Die Verpflichtung der bayrischen Reichswehrtruppen sei Meuterei gewesen. Er wunderte sich über das glatte Mitgehen aller Offiziere. Da sei es schon möglich, sagte er hier, daß ein Offizier, befragt, warum er auf vaterländische Leute schießen ließ, erwidert, dafür bin ich bezahlt.

Später stellte der Angeklagte das „Reichskriegsflagge" auf mit scharfer militärischer Einstellung als Kampfgruppe. An den politischen Besprechungen nahm der Angeklagte nicht teil. Er stellte sich nur mit seiner Truppe für jede Aktion Hitlers bedingungslos zur Verfügung. Am 8. November feierte der Angeklagte mit seiner Truppe einen vaterländischen Abend. Dort überraschte ihn die Mitteilung von den Vorgängen im Bürgerbräukeller und er führte seine Truppe Hitler zu. Der Angeklagte erhielt auf seinem Marsch durch die Stadt den Befehl das Wehrkreiskommando zu besetzen. Er wußte zwar nicht, von wem der Befehl kam; er führte ihn aber aus. Die Vorgänge in der Nacht zum 9. November im Wehrkreiskommando schilderte der Angeklagte so, wie es Oberstleutnant Kriebes schon getan hat. Ihm war auch am 9. November vormittags die Lage noch unklar. Er beschloß aber vorsichtshalber die Verteidigung, wobei auch Reichswehroffiziere sich ihm zur Verfügung stellen wollten. General von Epp redete ihm dann zu, die Verteidigung doch aufzugeben, zumal sich ja die Lage ganz geändert habe und er gegen die Reichswehr doch nicht kämpfen könne. Der Angeklagte ging dann mit Epp nach Absage des Kommandos ins andere Lager, wo man ihn überreden wollte, die Partie aufzugeben. Inzwischen waren im Wehrkreiskommando ihm zwei Leute erschossen worden, darunter Leutnant Casella. Der Widerstand wurde dann aufgegeben, und der Angeklagte stellte sich selbst auf der Polizeidirektion. Während seiner Untersuchungshaft erhielt er seinen Abschied aus der Reichswehr genehmigt. Aus den Unterredungen mit General v. Lossow will der Angeklagte den Eindruck gewonnen haben, als ob zwischen Lossow und Hitler wegen des Zuges nach Berlin alles völlig in Ordnung gewesen sei. Ueber die Folgen und die Rechtlichkeit der Aktion vom 8. November habe er sich überhaupt keine Gedanken gemacht.

Staatsanwalt Dr. Ehrhard stellte der abfälligen Kritik des Angeklagten an einzelnen Personen der Reichswehr das gegenüber, was General Ludendorff am Tage zuvor über die Reichswehr anerkennend sagte.

Auf Befragen erklärt der Angeklagte, daß er Befehl gegeben habe, nicht auf Reichswehr zu schießen, da er sich mit seiner Truppe der Reichswehr gleich betrachtete. Auf den 10. November habe der Angeklagte für seine Truppe eine Nachtübung angesetzt, zu der General v. Lossow eingeladen war. Der Abzug aus dem Wehrkreiskommando wurde nicht in Formen der militärischen Ehren durchgeführt.

Es folgte sodann die Vernehmung des Oberleutnant der Reserve und Studierender der Staatswissenschaft

Wilhelm Brückner.

Brückner kam im Frühjahr 1919 nach München und wirkte bei der Befreiung Münchens mit. Aus wirtschaftlichen Gründen hatte er sich Ende 1919 von der vaterländischen Bewegung etwas zurückgezogen. Später gewann er die Ueberzeugung, daß nur Hitler mit seiner antimarxistischen Einstellung der Mann sein würde, Deutschland zu befreien. Insbesondere gefiel ihm in seiner Bewegung die große Anzahl von Anhängern aus den Kreisen der Arbeiterschaft. Blutenden Herzens sah er, wie immer wieder von den Regierenden zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt wurde. „Wir waren anderer Ansicht. Wir waren auch die Leute, die von fanatischem Haß beseelt waren. Die Befreiung der Rheinpfalz ist ja auch schließlich nicht von den Beteuerungen in der Presse und den Parlamenten mit ihrem ewigen Gerede von „Pfalz beim Reich" „Bayern und Pfalz" usw. ausgegangen, sondern nur dadurch möglich geworden, daß Männer vom Schlage eines Schlageter den Hochverräter und Lumpen Heinz Orbis niederknallten."

Von den Besprechungen vor dem 8. November hat Brückner nach seiner Versicherung als militärischer Führer keine Kenntnis. Ein Soldat brauche sich nicht in politische Erwägungen einzulassen. Er wußte nur von seinen Vorgesetzten das eine, daß Kahr, Lossow und Seißer entschlossen seien, gegen den Norden vorzugehen. Das habe er seinen Leuten auch immer wieder zum Ausdruck gebracht. Wenn heute behauptet werde, wir hätten am Abend des 9. November Reichswehrsoldaten absichtlich und unter Drohungen im Bürgerbräukeller festgehalten, so müsse er betonen, daß das garnicht nötig war, die Leute waren alle begeistert. Das beweise auch der Umstand, daß sie sofort den Pleitegeier (diesen Ausdruck rügte der Präsident) von den Mützen rissen und zertraten. Warum sie ihn dann am nächsten Tage wieder aufgesteckt haben, entziehe sich seiner Kenntnis. Der Angeklagte gab sodann noch eine Schilderung von dem Marsche in die Stadt.

Der Staatsanwalt bemerkte schließlich, daß die Vorgänge an der Ludwigsbrücke doch nicht ganz so harmlos gewesen waren und sein konnten, als sie von Brückner geschildert wurden.

Ludendorffs Rückkehr vom Gericht.

Die Ovationen für General Ludendorff bei der Abfahrt von der Infanterieschule setzten sich auf dem ganzen Wege fort, bis weit nach Thalkirchen hinaus. Ueberall wurde General Ludendorff mit Hochrufen begrüßt. Das Auto mußte oft schrittweise fahren, weil der Andrang der Menge in den Straßen des Bahnhofsviertels, zu groß war. In der Sendlinger Vorstadt, die das Auto Ludendorffs nach Prinz-Ludwigs-Höhe durchfahren mußte, gestalteten sich die Ovationen zu großen Kundgebungen, für die der General immer wieder danken mußte. Bei der Ankunft in Prinz-Ludwigs-Höhe enthielt das Auto des Generals viele Blumenspenden, die aus der Menge dem General überreicht worden waren.

In der Nymphenburgerstraße wurde dem General eine spontane Huldigung der Arbeiterschaft der Löwenbräuerei bereitet, die das Auto des Generals anhielt und ihm ein großes Faß Bier an den Wagen brachte.

Pfalztag in Mannheim.

Im Nibelungensaale des Mannheimer Rosengartens, Deutschlands größtem und schönstem Festraume, in dem sich gegen 5000 Personen versammelt hatten, fand gestern abend der feierliche Festakt des Mannheimer Pressetages statt, der sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Freiheit der deutschen Rheinlande, im besonderen der Pfalz, gestaltete.

Bald nach 8 Uhr erschienen Reichspräsident Ebert mit Reichswehrminister Dr. Geßler, Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Hoefle, Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, ferner der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Knilling, der badische Staatspräsident Dr Köhler, der hessische Staatspräsident Ullrich, sowie zahlreiche andere führende Staatsmänner und namhafte Vertreter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Besonders zahlreich hatten sich die hartbedrängten Pfälzer Volksgenossen eingefunden.

Der bayrische Ministerpräsident v. Knilling und der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Hoefle, hielten Ansprachen. Reichspräsident Ebert antwortete mit einer Rede, in der er das deutsche Volk aufforderte, alles Trennende zurückzustellen hinter die deutsche Sache und die deutsche Freiheit.

Im Rathaus fand eine Besprechung des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Hoefle, und des Reichswirtschaftsministers Hamm mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft statt. Im Anschluß daran